

Es gilt das gesprochene Wort!

Vielen Dank! – Liebe Genossinnen und Genossen, zwei Dinge hat der Film natürlich ausgedrückt: Erstens, dass man mit den Jahren nicht jünger wird, und zweitens, dass ihr jene Diskussion, die ich abends am Wahltag zu führen hatte, weggelassen habt. So viel Sensibilität habe ich gar nicht erwartet!

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich um eure Zustimmung zur Großen Koalition werben möchte. Das ist eigentlich nach dem, was Franz hat deutlich werden lassen, nicht nötig. Aber ich habe mich auch gemeldet, weil ich den Parteitag bitten möchte, Franz Müntefering für das schwierige und verantwortungsvolle Amt des Vizekanzlers durch ein eindeutiges Votum dieses Parteitages den Rücken zu stärken.

Lieber Franz, die Partei, ja unser ganzes Land brauchen dich in der Regierung, und – auch das ist wahr – die Partei hätte dich auch weiterhin liebend gerne als Vorsitzenden in diesem Amt gesehen.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, Franz hat anders entschieden. Und, lieber Franz: Deine Entscheidung verdient höchsten Respekt; denn diese Entscheidung gehört sicherlich zu den schwierigsten in einem politischen Leben. Ich weiß, wovon ich rede.

Wir beide, lieber Franz, neigen bekanntlich nicht zur Sentimentalität. Aber an dieser Stelle möchte ich dir von Herzen danken: für sieben ganz außergewöhnliche Jahre enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit, einer Zusammenarbeit, wie sie in der Politik wahrlich nicht alltäglich ist.

Ich habe an dir immer deine Gradlinigkeit und deine Verlässlichkeit, vor allem aber auch deine Aufrichtigkeit geschätzt. Gemeinsam - das ist wahr - hatten wir schwierige Situationen zu bestehen. Gerade in besonders schwierigen Stunden war auf dich immer Verlass, unbedingt und ohne irgendeinen Hintergedanken. Solidarität - so viel ist gewiss - ist für Franz Müntefering nicht bloß Rhetorik. Weil du Solidarität lebst, gewährst du sie auch anderen. Auch darin bist du Vorbild für die Partei.

Unsere Partei ist ganz gewiss stolz auf ihre Geschichte und auf ihre Traditionen. Die SPD hatte große Vorsitzende: August Bebel, Kurt Schumacher, Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel, um nur einige zu nennen. Ich denke, wir können alle miteinander sagen: Franz Müntefering steht in der Kontinuität dieser großen Männer unserer Partei.

So unterschiedlich sie waren und sind, sehr persönlich lebten und leben sie, was den Kern unseres sozialdemokratischen Denkens berührt und was auch Franz Müntefering zu Eigen ist: Man sei niemandes Herr, aber auch niemandes Knecht. - Ich denke, nichts drückt treffender Inhalt, Bewusstsein und Haltung von Franz Müntefering aus.

Liebe Genossinnen und Genossen, das deutsche Volk hat am 18. September seine Entscheidung getroffen. Demokraten haben daran nicht herumzumäkeln, haben nicht, weil es ihnen nicht

passt, die Wiederholung zu fordern, sondern sie haben damit respektvoll und angemessen umzugehen.

Was ist bei dieser Entscheidung der Deutschen in Deutschland klar geworden? Erstens haben die Wählerinnen und Wähler am 18. September ganz unmissverständlich gesagt: Wir wollen, dass die SPD regiert. Diese Partei ist die Partei der praktischen Vernunft. Weil das so ist, sorgt sie dafür, dass die notwendigen Veränderungen in unserer Gesellschaft gemacht werden, ohne dass der soziale Zusammenhalt dieser Gesellschaft verloren geht. Diese Partei ist modern, weil sie dafür steht, dass wirtschaftliche Effizienz eben nicht Selbstzweck ist, sondern gesellschaftlichen Fortschritt befördert. Gesellschaftlicher Fortschritt - so viel ist gewiss - ist ohne soziale Gerechtigkeit nicht denkbar, sondern zum Scheitern verurteilt, liebe Freundinnen und Freunde.

Unser Begriff von sozialer Gerechtigkeit meint eben nicht nur ein subjektives Recht einzelner, das gewährt wird, nein, er meint ein objektives Prinzip, das in der Gesellschaft für die Gesellschaft seine Wirkung entfalten muss. Genau in diesem Sinne hat die soziale Gerechtigkeit in Deutschland nur eine wirkliche Heimat: bei uns, den deutschen Sozialdemokraten, liebe Genossinnen und Genossen.

Zweitens hat am 18. September keines der herkömmlichen politischen Lager eine Mehrheit erringen können, auch und gerade Schwarz-Gelb nicht, und dies trotz einer generalstabsmäßig organisierten Unterstützung durch Verbände, durch die Wirtschaft und - ich denke, wir wissen das auch alle - durch den größten Teil der Medien.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, die Menschen haben sich davon nicht beeindrucken lassen. Wenn etwas gut ist für die politische Kultur in Deutschland, dann dies: dass sich in diesem Land niemand vorschreiben lässt, wen er zu wählen hat. - Gelegentlich geht das gegen uns aus. Wir haben das schmerzhaft gespürt. Aber gelegentlich kann man diese Souveränität der Deutschen und der deutschen Demokratie auch und gerade dann nutzen, wenn die Ausgangsbedingungen wahrlich nicht günstig sind, aber Kampfbereitschaft vorhanden ist.

Ganz offensichtlich ist vor dem Hintergrund dieser Entscheidungen geworden, dass die Deutschen eine Zusammenarbeit weit über die bisherigen Lagergrenzen hinaus erwarten, ja, gewählt haben - im wahrsten Sinne des Wortes. Da keine andere Konstellation denkbar und möglich ist, geht das eben nur mit einer Koalition aus SPD, CDU und CSU. Das sind, wie wir alle wissen, drei Parteien. Dabei wollen wir auch bleiben, liebe Genossinnen und Genossen.

Nur die große Koalition vermag vor dem Hintergrund dieses Wahlergebnisses eine stabile, eine handlungsfähige und eine durchsetzungsstarke Regierung zu bilden. Das ist geschehen und das wird geschehen. Genau das braucht unser Land.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, die große Koalition ist uns nicht bloß schicksalhaft durch die Wählerinnen und Wähler aufgezwungen worden. Nein, sie muss werden ein Regierungsbündnis aus eigenem Recht und vor allem von eigener Qualität, mit einem deutlichen Gestaltungsauftrag, weil mit einer einzigartigen Gestaltungsgrundlage. Ich will es zurückhaltend formulieren: Wir alle wären nicht gut beraten, wenn wir diese Chance nicht

ergreifen würden, wenn wir sie nicht nutzen würden zur Gestaltung unseres Landes, sondern nur als uns etwas Aufgezwungenes hinnehmen würden.

Die große Koalition, liebe Freundinnen und Freunde, kann Mechanismen und Fehlentwicklungen in unseren Institutionen korrigieren. Sie kann das außer Kraft setzen, was Entscheidungen verzögert und gelegentlich verwässert hat, Entscheidungen, die unser Land gelegentlich blockiert und als Folge dessen auch gelähmt haben.

Es gibt - Franz hat darauf hingewiesen - das strukturelle Patt zwischen Bundestag und Bundesrat. Es gibt ein strukturelles Gleichgewicht der großen Volksparteien in unserem Land. Weil das so ist, haben sich zu unseren Lasten, auch zu Lasten des Landes, diese Kräfte in ihrer Wirkung bisweilen aufgehoben, jedenfalls gelähmt. Die politische Logik war - der Vergleich mit dem Fußball sei mir gestattet - auf ein permanentes Unentschieden gestellt. Das ist auch nicht so schlecht, weil man ja nie ganz verliert. Aber man gewinnt doch zu wenig für unser Land.

Die große Koalition kann, wenn sie nur will, diese parteitaktischen Blockaden, die Verhinderungsmätzchen, das Schwarzer-Peter-Spiel oder auch - wie man es genannt hat - die Mikado-Mentalität in der deutschen Politik überwinden. Ich wünsche mir für unser Land, dass das geschieht. Das wäre dann das eigentliche Signal, das davon ausgeht. Das wäre ein wirklicher Ruck, einer, der die Bezeichnung tatsächlich verdient. Daraus könnte eine Politik mit schlanker Wertschöpfungskette, aber großen Ertragsaussichten erwachsen; Dinge anpacken, entscheiden, handeln, ganz wie Franz das gesagt hat. Das gibt die politische Basis dieser Koalition schon her. Ich hoffe, dass man das, was der Hintergrund ist, wirklich nutzt.

Es ist so: Wer eine Koalition eingeht, der weiß von vornherein, dass er vom eigenen Wahlprogramm Abstriche machen muss. Das ist in jeder Koalition so, war auch in der früheren so. Es ist auch in dieser Koalition so. Das führt hier und da zu Unzufriedenheiten, keine Frage. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich kann aus meiner eigenen Erfahrung nur davor warnen, jetzt mit Synopsen und saldierten Abschlüssen daherzukommen, ganz nach dem Motto: Wer musste mehr, vor allem, wer musste größere Kröten schlucken? - Ich nenne eine solche Haltung unpolitisch, ja gefährlich. Die Menschen erwarten von der großen Koalition Handlungsfähigkeit und Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme. Das setzt eben Kompromissfähigkeit voraus.

Ich bin sicher: Wer in einer solchen Koalition nicht bereit ist, sich zu bewegen, wer nicht in der Lage ist, über die eigenen Beschlüsse und Programme hinaus zu denken, den werden die Wähler bei der nächsten Gelegenheit nicht belohnen, und das ist sehr zurückhaltend formuliert.

Im Übrigen: Wir Sozialdemokraten haben überhaupt keinen Grund, eine solche Diskussion zu führen; denn diese Koalition - das ist nicht zuletzt das Verdienst von Franz Müntefering - trägt ganz unverkennbar - allemal auch, vielleicht sogar in erster Linie - sozialdemokratische Handschrift, liebe Genossinnen und Genossen.

Das ist kein Grund zur Euphorie, aber es ist allemal ein Ausweis von Vernunft. Die Fortsetzung der von uns erfolgreich begonnenen Reformpolitik findet sich ebenso im Koalitionsvertrag wie die Sicherung von Mitbestimmung, von Arbeitnehmerrechten, wie die Stärkung von Bildung und Forschung, um die wir so bekämpft haben, sowie auch die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme. Dieser Koalitionsvertrag enthält nicht nur, was wichtig ist für unser Land, sondern was richtig ist für Wirtschaft und Gesellschaft und deren Fortschritt. Auch deshalb bitte ich um eine möglichst umfängliche Zustimmung.

Diese große Koalition - auch darauf sollten wir stolz sein - wird fortzusetzen haben, was wir bereits in den vergangenen sieben Jahren, besonders aber mit unserer Reformpolitik der Agenda 2010 auf den Weg gebracht haben. Die Herausforderungen, vor denen nationale, aber auch die internationale Politik steht, sind bekannt: ein weiterhin ungeheuer verschärfter Wettbewerbsdruck auf den internationalen Märkten, Stichwort Globalisierung, ein dramatisch veränderter Altersaufbau in unserer Gesellschaft, wie auch in anderen entwickelten westlichen Staaten. Schließlich nenne ich den Übergang von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft mit allen Folgen für die Arbeitsplätze. In einer solchen Situation des Wandels, der Umbrüche und Veränderungen, die die wirtschaftliche Basis und den gesellschaftlichen Überbau gleichermaßen betreffen, kann die große Koalition Kräfte freisetzen, die bislang dadurch gebunden waren, dass - geben wir es zu - beide Seiten gelegentlich zu sehr auf den eigenen Vorteil bedacht waren.

Die Reform des Föderalismus nach vielen vergeblichen Anläufen und Legionen von folgenlosen Reden zum Thema ist ein Beispiel dafür, was Volksparteien, wenn sie es wollen, gemeinsam schaffen können. Andere Bereiche sind offensichtlich: Die öffentlichen Haushalte schrittweise in Ordnung zu bringen, das hat etwas mit Nachhaltigkeit zu tun.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich sage das mit großem Respekt vor dir, lieber Hans Eichel. Wenn du miterlebt hättest, wie in den Koalitionsverhandlungen das, was wir an steuerlichen Subventionsabbau verabredet haben und was früher in der Lesart der anderen Seite als Steuererhöhung gebrandmarkt wurde, auf einmal der notwendige Abbau von Subventionen wurde, das, liebe Genossinnen und Genossen, war schon schön, mitzuerleben. Das könnt ihr mir glauben.

Liebe Hans, es war eine späte, vielleicht eine zu späte, Rechtfertigung für Dein ständiges Beharren darauf, dass Steuersubventionen gelegentlich auch Fehlentwicklungen hervorrufen können. Ich denke, die Koalitionsvereinbarung weist auch aus, dass man an das herangeht, um was wir immer gekämpft haben, nämlich um die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme. Dafür die bewährten und für die Menschen unverzichtbaren Sicherungssysteme bei Rente, bei Gesundheit und bei Pflege zu erhalten und behutsam weiterzuentwickeln, ist Kennzeichen dieses Koalitionsvertrages, wie es Kennzeichen der Agenda 2010 war und ist.

Die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft, die - das ist wichtig - ohne Teilhabe der arbeitenden Menschen, ohne ihre Rechte, ohne Mitbestimmung und auch ohne starke Gewerkschaften nicht möglich ist, findet sich wieder im Programm. Es ist eben nicht

Marktliberalismus und -radikalismus, sondern es ist verantwortete Gestaltung auch von Wirtschaft und damit von Gesellschaft.

Ganz entscheidend - darauf hat Franz hingewiesen - wird sein, dass diese Koalition die Handlungsfähigkeit des Staates in einem durchaus umfassenden Sinne - sowohl was den nationalen als auch den internationalen Maßstab angeht - wiederherstellen kann. Es mag ja sein, liebe Freundinnen und Freunde, dass für viele draußen Staat ganz gerne abgebildet wird als ein Moloch, der uns alle nur bedrückt und bedrängt. Nichts ist falscher als das. Auch wenn er nicht beliebt ist, weil er bezahlt werden muss: Für die große Mehrheit in unserem Volk ist ein handlungsfähiger und ein starker Staat unentbehrlich, um Gesellschaft zu gestalten, um Sicherheit nach innen wie nach außen zu garantieren.

Ein Staat eben, der schlank sein darf, aber doch nicht krank, der Verantwortung übernimmt für kollektive Lebensrisiken wie Alter, Arbeitslosigkeit oder Krankheit, der Regeln setzt - nicht zu viele und schon gar nicht überflüssige -, aber der dafür sorgt, dass die Stärke des Rechtes sich gegen das Recht des Stärkeren allemal durchsetzen kann, liebe Freundinnen und Freunde.

Das ist die Vorstellung, die wir vom Staat haben: an der Seite der Bürgerinnen und Bürger und nicht vor ihrer Nase, aktivierend und nicht bevormundend. Davon lassen wir auch nicht ab.

Wir waren es, liebe Genossinnen und Genossen, die in der rot-grünen Koalition eine Reformpolitik begonnen haben, die Fortschritt und Erneuerung des Landes ermöglicht hat. Wir haben davon nichts abzustreichen. Im Gegenteil: Wir können und wir müssen stolz darauf sein. Es ist unsere Politik.

Miteinander haben wir gelernt, dass nur diejenigen bewahren können, die Veränderungen wollen, die dazu bereit und die dazu auch fähig sind. Hinter dieser Politik der Reformen, die die sozialen Sicherungssysteme finanzierbarer, die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähiger, das Bildungssystem leistungsfähiger und unser Land damit zukunftsfähiger gemacht hat, darf es kein Zurück geben und dahinter wird es mit diesem Vertrag kein Zurück geben.

Die Menschen - das ist klar - sind die ritualisierten Auseinandersetzungen leid. Ich füge hinzu: Sie werden sich auch vom Politiker-Bashing, wo immer es herkommt und wer immer sich darin gefällt, nicht beeindrucken lassen. Ich warne davor, durch eine bestimmte Art und Weise des Sich-Verbreitens die gelegentlich gewiss komplizierten demokratischen, politischen Prozesse zu diskreditieren. Denn am Ende steht nicht mehr Demokratie, sondern wie wir es in unserer Geschichte erlebt haben, sehr viel weniger. Deswegen an die, die es angeht: Lasst davon ab! Das führt zu nichts Gutem!

Liebe Genossinnen und Genossen, Koalitionen sind immer Zweckbündnisse. Das wird so bleiben. Deshalb wird niemand gezwungen, die große Koalition zu lieben oder auch zu bejubeln. Ich möchte das in meiner letzten Rede als Bundeskanzler vor einem SPD-Parteitag deutlich unterstreichen. So viel sollten wir schon hier in Karlsruhe zum Ausdruck bringen. Wir Sozialdemokraten sind bereit zur großen Koalition; wir sind die eine Hälfte gemeinsamer Regierung. Damit stehen wir in der Verantwortung für unser Land. Natürlich gehen unsere sozialdemokratischen Vorstellungen von einer modernen, von einer gerechten Gesellschaft

weiter. Wer wollte das denn bestreiten? Das gilt ebenso, wie die anderen auch andere Vorstellung von einer Gesellschaft haben, die unsere nicht sind. Aber natürlich heißt das auch, dass wir in der großen Koalition unsere Identität niemals preisgeben werden. Weil wir wissen, woher wir kommen, wissen wir auch, wo wir zu stehen haben.

Trotzdem und gerade deswegen, weil das so ist für die vor uns liegende Etappe: Ermöglicht diese Koalition mit einem breiten Votum, ja mit einem großartigen. Gebt Franz Müntefering ein eindrucksvolles Vertrauensvotum, damit er als eine Art Bannerträger unserer Sache - er vor allem, die anderen genauso - in der Koalition wirken und arbeiten kann.

Schließlich gebt Matthias Platzeck die Unterstützung, die er in seiner neuen Aufgabe als Parteivorsitzender dringend benötigt!

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist in den vergangenen sieben Jahren nicht immer leicht gewesen. Ich weiß, dass Franz Recht hat, wenn er sagt: Wir haben es uns nicht immer leicht gemacht. Ich finde, es waren sieben gute Jahre für unser Land, für die Menschen in unserem Land und auch - dies wird sich letztlich erweisen - für unsere Sache.

Sie SPD ist die einzige Partei - das sollten wir immer wieder deutlich machen -, die einen Ausgleich schaffen kann zwischen ökonomischer Effizienz und dem sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Das muss so bleiben. Die SPD ist - wir wissen es, wir beweisen es - die Partei des Friedens. Wir haben mit unserer Außenpolitik unser Land als eine mittlere Macht des Friedens neu positioniert, selbstbewusst, aber niemals überheblich, bereit zur Verantwortung, auch wenn es schwierig wird, aber immer dem Frieden verpflichtet. Die SPD ist die Partei der Toleranz und des Rechtsstaates. Wir haben in den sieben Jahren unserer Regierung Deutschland moderner, weltoffener und, liebe Freundinnen und Freunde, auch demokratischer gemacht.

Eines möchte ich noch besonders erwähnen: die Rolle der Kultur. Die Künstler, die Kulturschaffenden haben wir gestärkt und die kreative Kraft von Kunst und Kultur genutzt. Mir jedenfalls waren die Menschen, die Kunst und Kultur machen, immer wichtig. Und wenn ich einen Wunsch hätte und aussprechen dürfte, dann würde ich sagen: Meine Hoffnung ist, dass genau diese positive, offene Haltung der Kunst und Kultur gegenüber - ich weiß, wie stark man dadurch im Guten beeinflusst werden kann - bei der Besetzung des Postens eines Staatsministers oder einer Staatsministerin im Bundeskanzleramt sichtbar wird.

Wir müssen uns den Menschen, die sich ernsthaft mit Kultur, mit Literatur, mit Malerei, mit Musik beschäftigen und die so viel zur Entfaltung dessen beitragen können, was einem selber oft nicht bewusst ist, hinwenden und ihnen eine Heimat sein. Wir müssen deutlich machen, dass dies ihr Deutschland ist, zu dem gerade sie einen riesigen Anteil leisten.

Wir haben, liebe Genossinnen und Genossen, in den letzten sieben Jahren - ich denke, das kann man sagen - das Ansehen unseres Landes, von Deutschland, in der Welt gemehrt. Und ich bin sicher: Wir werden das Erreichte gemeinsam bewahren. Oder anders ausgedrückt: Wir sind in den letzten Jahren einen guten Weg gegangen, für unsere Partei, für unser Land. Ich möchte diesen Weg mit meiner SPD weitergehen - solidarisch, aber frei.

Herzlichen Dank!